

Ein paar Gedanken oder Hinweise auf die Entstehung der grünen Partei und ihren Auftrag

Aus Anlass des Todes von Helmut Lippelt und von Berichten über einen
depressiven Zustand von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

von Tristan Abromeit

7. / 8. / 9. Januar 2018

www.tristan-abromeit.de

Text 153.0

Anhang:

153.1

Texte von Georg Otto

- a) Warum noch bei den Grünen?
- b) Betrachtung über das Buch „Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem
Kapitalismus retten“ von Sahra Wagenknecht

mit Impressum

Alternative Dritter Weg

Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung

Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten.

Unter diesem Titel stellt der Campus Verlag ein Buch von Dr. Sahra Wagenknecht vor, den der Verlag „**einen Entwurf einer neuen Wirtschaftsordnung**“ nennt und dazu erste Presseberichte veröffentlicht. Der CSU-Politiker Peter Gauweiler meint in der „Süddeutschen Zeitung“ „Das Buch ist wirklich gut geschrieben. Die Autorin beherrscht die Kunst des klaren Denkens“. Nach Norbert Häring im eher kapitalorientierten „Handelsblatt“ „schlachtet Wagenknecht ungeniert eine heilige Kuh der Sozialisten“, während Andreas Wehr in der linken „Junge Welt“ äußert, die Autorin „widerlegt die Behauptung, der Kapitalismus sei unentbehrlich für Innovationen“.



Der Wissenschaftler Max Otte schreibt in „Börse Online“ „Vielleicht brauchen wir eine Politikerin der Linken, um uns über die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft aufzuklären und um Vorschläge zu bekommen, wie wir eine solche Wirtschaftsordnung (wieder) gestalten können“. Das könnte eher als ein „zurück“ zur Sozialen Marktwirtschaft verstanden werden als ein „vorwärts“ zu einer neuen Wirtschaft. Wagenknecht greift mehrfach auf Positionen von Urliberalen zurück, die in einer künftigen Wirtschaft ihren Platz haben sollten, wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow oder Prof. Oppenheimer, **deren antikapitalistische Grundlinien von Linken oft unterschlagen werden**. Das meint der Rezensent, auch dass sie im heutigen Modebegriff „Neoliberalismus“, sie verfälschend, diskriminiert werden. Er beurteilt dieses Buch aus liberalsozialistischer Sicht. Diese enthält Reformen des Steuer- und Bodenrechts und auch des neuen Geldrechts eines umlaufgesicherten Geldes.

So würde er den von Dr. Wagenknecht gewählten Vorspruch Albert Einsteins „Die reine Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu belassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert“, ergänzen durch Einsteins Erwartung von einem umlaufgesichertem Geld, es führe zu Eigentum in „wesentlicherer“ Form. Nämlich aus eigener Arbeit im Gegensatz zum damaligen hortbaren Geld, das nur investiert wurde, solange es genug Profit oder Rendite, je nach Marx oder Gesell, abwirft.

Im Schlusskapitel „Eigentum neu denken“, das wir am Anfang behandeln, weil die Folgerung Einsteins auch Ziel der Autorin ist, fasst sie unter „Eigentum nur noch durch eigene Arbeit“ zusammen:

„Das hier vorgeschlagene Modell würde den Weg in eine Ökonomie öffnen, in der Eigentum nur noch durch eigene Arbeit entsteht und in der feudale Strukturen und leistungsloses Einkommen der Vergangenheit angehören. Wir würden unser Wirtschaftsleben innovativer, flexibler und zugleich sozial gerechter gestalten. **Niemand wäre mehr in der Lage, von fremder Arbeit und zulasten anderer reich zu werden. Echte Märkte und freier Wettbewerb hätten eine weit größere Relevanz als heute, dort, wo sie funktionieren und ethisch vertretbar sind.** Unsere Gemeinwesen wären wieder demokratisch gestaltbar, ohne dass unkontrollierbare Unternehmensgiganten uns ständig dazwischengrätschen“.

Sie beginnt dieses Kapitel mit **Eigentumstheorien von Aristoteles bis zum Grundgesetz** mit dem berühmten Satz aus der Abhandlung des französischen Aufklärers Jean-Jaques Rousseau über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen „Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte“ und sagte „diese ist mein und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft.“ Meist wird nur dieser Satz wiedergegeben, aber nicht der Schlusssatz: „Hütet euch, auf diesen Betrüger zu hören; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und die Erde

niemandem“. Die Autorin sagt, Rousseau war kein Eigentumsgegner, kannte aber den Unterschied zwischen Eigentum an tägl. Gebrauchsgegenständen und an Grund und Boden. Damals war „Ackerland die wichtigste Ressource. Wer über viel Land verfügte, hatte die Macht andere für sich arbeiten zu lassen“.

Getreidespekulationen spielten eine große Rolle und lösten den Marsch der Frauen nach Versailles aus, um Brot zu verlangen. In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 wurde das Recht auf Eigentum verankert, das “niemandem genommen werden durfte, außer gegen „gerechte Entschädigung“.

Zur Bodenpolitik der Revolution schreibt S. Wagenknecht: “Als Herrscher führten sich die von allen Bindungen befreiten Landeigentümer auf. Im Gegensatz zu den Hoffnungen der Bauern führte die Eigentumsfreiheit zu massiver Konzentration des Landbesitzes. Zwar hatten die Bauern das Recht Grund und Boden bei den bisherigen Feudalherren gegen das 20-Fache der Feudalabgaben auszulösen. Die meisten hatten keine Chance, das Geld aufzubringen, das sie zu Eigentümern gemacht hätte“.

„1792/93 hielten Großproduzenten und Händler massiv Lebensmittel zurück, um die Preise hochzutreiben und verursachten Hungersnöte und Revolten. In der Nationalversammlung gab es eine Kontroverse, was höher zu bewerten sei: Das Recht auf Leben oder die Unverletzlichkeit des Eigentums. Die Girondisten verteidigten Letzteres. Die Jakobiner forderten staatliche Preisobergrenzen, Lieferzwang und Gesetze zum Schutze der Gesellschaft vor Mißbrauch des Privateigentums“.

Wir schieben hier ein: Parlamentarisch kam es nicht zur Lösung der Probleme, sondern zum blutigen Bürgerkrieg zwischen Girondisten und Jakobinern. Die Revolution radikalisierte sich und kollabierte mit der Machtergreifung Napoleons, der die Eigentumsinteressen des neuen Geldbürgertums und der die Revolution überlebenden Feudalherren in ihrem Sinne gegen das Gros der Bauern, Kleinbürger und Arbeiter durchsetzte.

Sahra Wagenknecht überträgt die Fragen auf heute: „Die Fragen, die die Politiker jener Zeit umtrieben, sind bis heute aktuell. Ist Eigentum ein unverletzliches Menschenrecht, das in erster Linie vor staatlichen Eingriffen zu schützen ist? Oder ist ein Staat verpflichtet, die Freiheit der Bürger gegen die Großeigentümer zu verteidigen? Wann ist Eigentum ein Mittel der Persönlichkeitsentfaltung und wann bedeutet es „die Macht zu produzieren, ohne zu arbeiten“, wie es Pierre-Joseph Proudhon in „Eigentum ist Diebstahl“ meinte? Welches Eigentum ist legitim, welches nicht? Weshalb hat der eine so viel mehr als der andere? (S.244/45)

Sie meint an anderer Stelle, S. 253: „Zum einen geht es um die Privatsphäre eines jeden, in die sich der Staat nicht einzumischen hat. Zum anderen gibt es genügend Beispiele, dass Menschen, die sich nicht darauf verlassen können, dass die Früchte ihrer Arbeit vor dem willkürlichen Zugriff anderer geschützt werden, schnell jede Leistungsmotivation verlieren. Adam Smith hat das drastisch, aber nicht falsch ausgedrückt: „Ein Mensch, der kein Eigentum erwerben darf, kann auch kein anderes Interesse haben als so viel wie möglich zu essen und so wenig wie möglich zu arbeiten.“ Das Eigentum sollte private Lebensbereiche schützen, nicht aber gesellschaftliche Macht und kein Instrument der Bereicherung zulasten anderer sein“.

Das stellt die Verfasserin ab Seite 253 in “Eigentum ohne Haftung: Der Clou des Kapitalismus“ dar und untersucht „die originäre eigentumsrechtliche Erfindung des Kapitalismus des haftungsbeschränkten Eigentums, GmbH und der Aktiengesellschaft, jene seltsame eigentumsrechtliche Konstruktion, die den Eigentümern alle in einem Unternehmen erwirtschafteten Gewinne garantiert, sie aber für Risiken nur in Höhe ihres anfänglichen investierten Kapitals haften lässt“.

Davon ist sie nicht begeistert und schildert an Beispielen, wie sie im Kleinen wie im Großem vorkommen. Ernst Abbe habe festgestellt, dass Unternehmen nach Erreichen einer gewissen Größe von den persönlichen Inhabern in Aktiengesellschaften oder ähnliche Formen überführt werden. Heute werden nur noch 15% der DAX-Aktien privat gehalten. 70% gehören sog. “institutionellen Anlegern“ „Es können aber auch „renditewütige“ Finanzvehikel sein, wie der US-Vermögensverwalter BlackRock, der seine Portfolioentscheidungen von 6000 Hochleistungsrechnern und einem Datenanalyse-System steuern lässt.“ Auch Steuerflucht und Geldwäsche werden dank der Rechtsform von Kapitalgesellschaften gefördert, weil Eigentumsstrukturen zu verschleiern und gesichtslose Stiftungen, Briefkastenfirmen leicht zu gründen sind.

Von der Carl Zeiss-Stiftung, über die ausführlich informiert wird, und von ihrem Stifter, dem Physiker Ernst Abbe, sagt Sarah Wagenknecht, „Abbes Ideen sind verblüffend aktuell für unsere Überlegungen, wie die **Grundzüge einer modernen Unternehmensverfassung aussehen könnten**“. Daraus ergibt sich der Vorschlag von vier Rechtsformen für Unternehmen, die als Grundtypen die Kapitalgesellschaft ablösen sollten: **Personengesellschaft mit vollem Risiko reich zu werden, unverkäufliche und nicht melkbare Mitarbeitergesellschaft, Öffentliche Gesellschaft und Gemeinwohlgesellschaft**, Typen für unterschiedliche Branchen, Betriebsgrößen und öffentliches Engagement.

Die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus retten!

Bereits das 28-seitige Vorwort hat es in sich, zumal viele bei Sarah Wagenknecht erinnert werden, dass sie noch vor kurzem Sprecherin der Kommunistischen Plattform in der PDS/DIE LINKE war und lt. Pressemeldungen Amt und Mitgliedschaft nur wegen Übernahme des Mitvorstandes der Bundestagsfraktion der LINKEN vorübergehend zur Verfügung stellte. Von ihr liest man jetzt unter der Zwischenüberschrift „Vom organisierten Geld regiert“: „Wir müssen nur den Wirtschaftsfeudalismus des 21. Jahrhunderts überwinden.

Märkte darf man nicht abschaffen, im Gegenteil, man muss sie vor dem Kapitalismus retten. Wir brauchen, was Neoliberale sich gern auf die Fahne schreiben, aber in Wirklichkeit zerstören: Freiheit, Eigeninitiative, Wettbewerb, leistungsgerechte Bezahlung, Schutz des selbst erarbeiteten Eigentums“ (S. 20)

Was die Autorin unter dem heutigen Wirtschaftsfeudalismus versteht, sagt sie anschließend: „Wer das will und es ernst meint, muss eine Situation beenden und nicht fördern, in der entscheidende wirtschaftliche Ressourcen und Reichtümer einer schmalen Oberschicht gehören, die automatisch auch von jedem Zueinn profitiert. Einer Oberschicht, die sich mit ihrer Macht über Investitionen und Arbeitsplätze zu entscheiden, ihren Think Tanks und Lobbyisten, mit ihrer Kampagnenfähigkeit und schlicht mit ihrem unermesslich vielen Geld nahezu jede Regierung dieser Welt unterwerfen oder kaufen kann“. Sie schließt den Absatz mit einem Ausspruch des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt von 1936: „**Vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich wie vom organisierten Verbrechen regiert zu werden**“.

Die UNO hat vor dieser Entwicklung oft gewarnt. Geändert habe es sich nur zum Schlimmeren. „Einem ärmeren Land nach dem anderen wurden sogenannte Freihandelsabkommen diktiert, die ihre heimische Produktion vernichtet und ihre Märkte zur Beute westlicher Agrarmultis und Industriekonzerne gemacht haben. Millionen Kleinbauern und Gewerbetreibende wurden und werden so um ihre Existenz gebracht. Wenn sie sich dann verzweifelt auf den Weg in die wohlhabenden Länder machen, spricht man verächtlich von Wirtschaftsflüchtlingen. **Aber es ist unsere Wirtschaft, es sind unsere Konzerne, die ihre Lebensgrundlagen zerstört und sie in die Flucht treibt**“. Wagenknecht gibt dazu Papst Franziskus das Wort: „Diese Wirtschaft tötet“.

Zur Geschichte der „Schurkenwirtschaft“ des Kapitalismus.

Diesem wichtigen Buchteil stellt die Autorin eine Aussage aus Thomas Morus „Utopia“ von 1516 voran: „Wenn wir die heutigen Staaten betrachten, zeigt sich uns eine Verschwörung von reichen Leuten, die sich mit nichts anderem als mit ihren eigenen Interessen beschäftigen. ... Glaubt nicht, dass dort Gerechtigkeit herrscht, wo die wichtigen Angelegenheiten in der Hand von üblen Spitzbuben sind, oder dass ein Staat blüht, in dem alle Vermögen auf eine kleine Zahl von Bürgern verteilt sind“. (leicht gekürzt, D. Red.)

Sarah Wagenknecht nennt den Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen 1950 noch 17% . Erst ab 1980 stieg er lawinenhaft auf 1/3. Damit nähern wir uns dem Zustand, den Thomas Morus für seine Zeit beschreibt. **Einschub des Rezensenten:** Die Menge der neuen Vermögen nahm in den 80ern nicht nur um den Zins, sondern auch um den Zinseszins zu, so dass die Bundesbank bereits von einer Selbstalimentation der Vermögen sprach. In Zahlen und weiter mit S. Wagenknecht „kassierten die 10 reichsten Familien 2013 zusammen 2,4 Mrd. € an Dividenden. Es bedarf keiner besonders bescheidenen Lebensführung, um diese Ausschüttungen nicht zu verbrauchen, sondern erneut renditeträchtig anzulegen. In großen Firmen von Familiendynastien wird ein bedeutender Teil der Gewinne in Ermangelung persönlichen Bedarfs gar nicht erst ausgeschüttet, sondern direkt im Unternehmen akkumuliert. **Neben der „Selbstvermehrung“ des Reichtums ist es vor allem das Erbrecht, dass den Feudalkapitalismus heute verstärkt.**

„Die Ablehnung feudaler Privilegien war das zentrale Thema der Aufklärung: Alle Menschen sind gleich und müssen daher mit gleichen Chancen starten. Talent und Lebensleistung sollen über die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen entscheiden und nicht der familiäre Stand. Im Gegensatz zu denen, die sich heute Liberale nennen, wusste der große Vordenker des Liberalismus im 19. Jhd. John Stuart Mill noch um echte liberale Traditionen und erklärte *<Ich würde eine stark belastende Steuer auf jede Erbschaft legen>*“. Sarah Wagenknecht weist auch auf den ordoliberalen Alexander Rüstow hin, der Mills Tradition 100 Jahre später aufnimmt **und individuelle Erbschaften auf den Betrag reduzieren will, den ein Normalverdiener im Laufe seines Lebens selbst erarbeiten und sparen kann. Nach heutiger Kaufkraft, Besserverdienende einbezogen, wären das nach S. Wagenknecht vielleicht 1 Mill. € pro Kind.**

Im Bereich „Macht statt Wettbewerb“ zeigt die Autorin, wie in den letzten 200 Jahren Marktwirtschaft und Wettbewerb von großen Konzernen immer stärker ausgehöhlt wurde.

Politisch wurde dies gerade durch jene Gruppen ermöglicht, die die Ideale der Marktwirtschaft zwar politisch vor sich hertragen, jedoch dadurch unterhöheln, dass sie nichts tun, die HERRSCHAFT der Großgeldbesitzer auszuschalten, so dass diese, wie Wagenknecht feststellt, „mit ihrem Geld jede Regierung kaufen kann“. Auch heute!

WIR KÖNNEN ANDERS: GEMEINWOHLBANKEN Hier setzt sich Wagenknecht mit der Geldordnung auseinander und unterbreitet Änderungsvorschläge, die teils innerhalb der am Anfang behandelten **neuen Eigentumsordnung** liegen. Ihre dritte neue Eigentumsform der **Öffentlichen Gesellschaft** will sie den Banken als **Gemeinwohlbanken** empfehlen, die in „Good Banks“ Girokonten, Spargelder führen, fragwürdige Kredite und Finanzpapiere in „Bad Banks“. „Weiter renditeorientiert arbeitende Banken werden an den freien Markt verwiesen, verlieren Staatshaftung und Zugang zur Notenbank. Geld sei ein öffentliches Gut, das von den Banken knapp zu halten ist“: Wird in die Wirtschaft zu viel Geld gepumpt, wächst die Nachfrage schneller als das Angebot und es steigen die Preise. Können dagegen wichtige Investitionen nicht finanziert werden, weil die Kreditvergabe stockt, löst das eine Krise aus. Fließt das Geld in nützliche Technologien und innovative Produkte schafft es seinen eigenen Gegenwert. Fließt es in eine Ausweitung des Konsums, kann das zwar die Wirtschaft ankurbeln, es besteht die Gefahr von Inflation. „Geht zu viel Kredit an wenig zahlungskräftige Adressaten, gibt es Schuldenpyramiden, wie bei den amerikanischen Hypothekenkrediten, die irgendwann zusammenbrechen“.

Die Autorin stellt hier die Frage: „Was spricht dafür, die Versorgung der Wirtschaft mit einem Gut, das solche Eigenschaften hat, privaten profitorientierten Unternehmen zu überlassen? Nichts. Genau aus diesem Grunde wurde den Banken im 19. Jahrhundert die Berechtigung zum Drucken von Bargeld entzogen. Die Geldschöpfung sei eine öffentliche Aufgabe, was auch von weniger staatsfreundlichen Ökonomen der liberalen Schule vertreten wurde“ (S. 215/16) Auch wenn wir schon wissen, dass nicht daran gedacht wird, diese Aufgabe Staatseinrichtungen zu übertragen, sondern Gemeinwohleinrichtungen sein sollen. Auf S. 281 werden sie als nicht gewinnorientiert mit dem Versorgungsauftrag der Geldversorgung beschrieben, Sie gehören nicht dem Staat, sondern sich selbst, arbeiten unter bestimmten Regeln unter öffentlicher Kontrolle. Weil sie dem Staat nicht gehören, kann er sie nicht privatisieren. Seit den 80ern erleben wir Negativwirkungen als z.B. Wasserversorgung und Krankenhäuser an an Rendite orientierte Unternehmen gingen.

Sarah Wagenknecht sagt über die von ihr dargestellte Vollgeldlehre, die Kredite (wieder) an bei den Banken eingezahlte Spargelder binden, ihnen also das „Recht“ eigener Geldschöpfung nehmen will, daß sie in die richtige Richtung gehe, aber nicht weit genug. Das versteht der Rezensent so, dass Vollgeldtheoretiker übersehen, dass - wie es S. Wagenknecht ausdrückt – Banken gemeinwohlorientiert zu gestalten sind.

Auch wenn der Rezensent auf Grund liberalsozialistischer Theorien, in denen sich bodenrechtliche Theorien des Wortschöpfers LIBERALSOZIALISMUS Franz Oppenheimer mit der Geldtheorie Silvio Gesells und der Krisen- und Geldtheorie von Karl Marx verbinden, seit ca. 2000 auch mit gemeinwohlorientierten Ideen, in den Vorschlägen Wagenknechts viel findet, was vor, mit und nach einer angestrebten Geld-Boden und Steuerreform anzugehen ist, geht die Gemeinwohlorientierung nicht weit genug, **um die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus zu retten**. Er macht das an den „amerikanischen Hypothekenkrediten“ fest, an deren „Zusammenbruch“ - nicht irgendwann, sondern 2008/09 die Verschärfung der Krise seit den 70ern einsetzte. Dazu stellte die Bundesbank erstmalig fest, dass allein in Deutschland 55-65% der Geldmenge gehortet wurden. Brachen die Kurse nicht deshalb zusammen, weil das Geld in tausende Hortlöcher kroch? Und war es nicht 1929 (S. 221) so, dass vor allem die Morganbanken mit den Spargeldern des US-Mittelstandes einen Börsenboom inszenierten, den sie am „Schwarzen Freitag“ durch massive GELDHORTUNG platzen ließen? Eine Gemeinwohlorientierung braucht eben auch eine zuverlässige Geldpolitik ohne Schlupflöcher für Geldhortung. Taler, Taler, du musst wandern, heißt es im Kinderlied!

Mit umlaufgesichertem Geld wird die Macht der Großgeldbesitzer durch Geldhortung die Wirtschaften in Krisen zu stürzen, **ausgeschaltet** und der Staat endlich demokratischer Gestaltung durch die Politik unterworfen. „**DIE ALTERNATIVE für ÖKOSOZIALE und GEWALTFREIE POLITIK**“, ab Seite 3 dieser Zeitschrift, stellt dies in der Auseinandersetzung mit EZB-Präsident Draghi näher dar. Ebenso in der Graphik und Erläuterung weist der Geldanalytiker Helmut Creutz geldpolitisch bis 2012 bes. unter dem Gesichtspunkt der GELDSCHÖPFUNG der Geschäftsbanken nach, **dass ihre Kredite in immer unter den Spareinlagen lagen**. Dies will S. Wagenknecht der Zentralbank vorbehalten (?), so dass das Dilemma des Keynes-schen „defizit spending“ hinsichtlich Nachfragewirkung und Inflationsfreiheit, wie zB. unter Brandt-Schmidt, jetzt erneut auftauchen könnte. Dies ist unter Schritte zur Umsetzung von Wagenknechts Zielen verbunden mit UMLAUFGELD zu sehen, was wir zur Diskussion stellen.

Georg Otto

fast aktuell für sich?

Warum noch bei den Grünen?

Georg Otto, Gründungsmitglied der GRÜNEN

Diese Frage wird mir nicht erst seit Kosovo und Afghanistan gestellt, als die Bündnisgrünen mit der Begründung, es gehe um Menschenrechte und Terrorbekämpfung, ihre Friedenspolitik preisgaben. Sie wurde mir schon in den 80er Jahren gestellt, als wertkonservative und liberale Grüne die Partei verließen, die z.T. liberalsoziale Positionen besser in ihr Denken aufnahmen, als Linke. Sie erkannten zunehmend, dass das die Wirtschaft beherrschende Gesetz der Kapitalverwertung mit die Ursache der Umweltzerstörung ist und dass dies nicht durch Politik aus Vorstellungen damaliger West-Linker zu korrigieren ist, die als KB, KBW, KPD-ML, trotzkistischer SAG u. u. u. konkurrierten. Diese traten nach der Europawahl 1979 stärker in die GRÜNEN ein, besetzten die Lokomotive und drängten die Liberalsozialen an den Rand der Partei. Auch wurde die Satzungszusage, Minderheitsströmungen können im Programm Teil B ihre Ziele veröffentlichen, bei der BDK Hagen 1982 (?) gekippt.



Es waren die Liberalsozialen (Lisos) des Arbeitskreises Dritter Weg Hildesheim, die 1977 mit der Gründung der GLU-GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ und ihrem Einzug in den Kreistag das bundesweite Signal zur Bildung weiterer grüner wie bunter Listen und Parteien gaben und den Landesverband der GLU bildeten. Dieser organisierte mit Hilfe der Bürgerinitiativen in sechs Monaten die Landtagswahl (auf Anhieb 3.9%) und war wesentlich an der Bildung der Bundespartei DIE GRÜNEN 1980 beteiligt. Der Verfasser war 1978/79 Sprecher der GLU und 1979/80 für den Aufbau der Organisation auf Bundesebene tätig. Einzelheiten „10 Jahre GRÜNE - Wege aus der grünen Krise“ (€ 3,-) Über Anträge der Lisos zum Grundsatzprogramm 2002 informieren wir auf 4 S. unter „Grüne wirklich für Plünderung der Natur durch positiven Zins?“ (€ 2,-). Er erhielt gute 100 Stimmen – 10 bis 15%, nachdem 1977 unter günstigeren Umständen 20 – 30% erzielt wurden, so dass das Präsidium eine qualifizierte Minderheit feststellten.

Die Anpassung der GRÜNEN an das Politikmodell eines Kartells von Parteien,

die den Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage stellen, setzte schon in der Alt-BRD ein, als die Realos die Fundis aus der Partei drängten. Mit dem Eintritt in die Regierung erreichte dieser Prozess einen Höhepunkt, was mit dem neuen Grundsatzprogramm untermauert wurde. Wäre es da – wenn nicht schon bei Kosovo/Afghanistan – an der Zeit gewesen die Partei zu verlassen, zumal es ja – neben Regierungserfolgen in einer Reihe Fragen - weitere Preisgaben grüner Hauptziele gab. Dass AKW's nach ca. 30 Jahren Betriebszeit geschlossen werden, ist kein grüner Erfolg, da sie dann aus Sicherheitsgründen ohnehin abgeschaltet werden. Wie mit der Strahlenschutzverordnung von 1.8. 2001 Atommüll aus abzurüstenden AKW's in Normalmüll umdeklariert wird, stand aus der Feder des Strahlxperten Dr. Pflugbeil zwar in der Liso-Zeitschrift ALTERNATIVEN – jedoch nicht in der grünen Mitgliederzeitschrift SCHRÄGSTRICH. (Kann angefordert werden.)

Ist es nicht unverständlich, dass eine Partei, die in Programm soviel von sozialer Gerechtigkeit redet, bei der Agenda 2010 die sozialen Folgen der sich seit Jahrzehnten steigernden Krise wesentlich stärker von den Opfern des Kapitalismus als von den Nutznießern dieses Systems bezahlen lässt? Und setzt nicht die von den GRÜNEN mitgetragene Steuer-„Reform“ der sozialen Demontage unserer Gesellschaft die Krone auf, indem Niedrigverdienende mit einigen 100 bis 1000 Euro im Jahr entlastet werden, Einkommensmillionäre mit 60 –100.000?

Und gehört wenigstens der BDK-Beschluss von Cottbus und auch Dresden (?) nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu den Punkten, die mit dem Finanzminister und dem Kanzler nachzuverhandeln wären?

Aber da gab es doch das rot-grüne Nein gegen den Irak-Krieg, was rot-grün 2002 ganz knapp zum Wahlsieg verhalf. Ob es auf Dauer beim Nein zum Kriege nach dem Krieg bleibt, ist ja noch nicht entschieden. Weder die Regierung noch die Partei stellten bisher die Verantwortung der Kriegscoalition fest, obwohl die Massenvernichtungsmittel, die der Irak haben sollte, weder von der UN-Kommission, noch jetzt, wo der CIA den letzten Winkel des Irak untersuchen kann, gefunden wurden. Müsste es nicht Aufgabe deutscher Außenpolitik, des grünen Au-

ßenministers sein, diplomatische Weichen für eine internationale Untersuchung aller Vorgänge um diesen Krieg und für eine internationale Konferenz zum Frieden im Irak zu stellen? USA und England sind dazu nicht in der Lage. Die UN müsste die Verantwortung für eine friedliche Entwicklung des Landes unter Abzug der Besatzungstruppen und der Sicherung des Landes durch eine UN-Friedenstruppe unter Mitwirkung der ethnischen und religiösen Gruppen des Landes übernehmen bei Zahlung einer Kriegsschädigung der für den Krieg verantwortlichen Länder und unter Heranziehung der Ölvorräte des Landes, die für die Menschen des Landes von der UN zu verwalten und der Kontrolle der USA und Englands zu entziehen sind. Mit einer solchen Politik könnte die Partei das Vertrauen der Friedensbewegung zurückgewinnen.

Alles in allem: In entscheidenden Punkten ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene als die ökosoziale Friedenspartei z.Zt. nicht existent. Diese Positionen zurückzugewinnen sollte Aufgabe aller sein, die eine grüne Erneuerung im Sinne alter Grundwerte erstreben. Dazu ist eine grundsätzliche Entscheidung nötig, die ökosozialen Schäden, die der Kapitalismus durch sein Profit- und Wachstumsprinzip anrichtete, nicht im engen Rahmen der kapitalistischen Einkommensverteilung nur recht und schlecht zu reparieren. Mehr ist unter Kapitalbedingungen nicht drin! Sondern es sind die in Jahrzehnten Ausbeutung der Arbeit durch Zins- und Zinseszins entstandenen Riesenvermögen mittels kräftiger Besteuerung zu einer großzügigen Sanierung dieser Schäden heranzuziehen. Und weil sich das Geldkapital dagegen durch Geldstreik wehren und die Politik trocken legen würde, sollte sich die Partei für das liberalsoziale umlaufgesicherte Geld einsetzen, welches das Geld entmachtet und zur Überwindung des Kapitalismus führt. Näheres in unserem Antrag zum Grundsatzprogramm.

Beim Weitermachen wie bisher würde sich, selbst bei einer geringen Konjunkturerholung die kapitalistische Krise weiter verschärfen. Die grüne Basis, die den Leitantrag des Bundesvorstands in Cottbus nur zu 54% bejahte, wird bei Verschärfung der Probleme für die liberalsozialen Alternativen aufgeschlossener werden und nach echten Alternativen fragen. **Der Kniefall, den die Partei mit dem Grundsatzprogramm und mit der Agenda 2010 und der Steuer-„Reform“ vor dem Kapital praktiziert, muss kein Kniefall auf Dauer bleiben.** Der Kapitalismus überspannt den Bogen auf Kosten der vom System Benachteiligten ohne dabei auch nur eines der vielen Probleme zu lösen. **Deshalb ist Weiterarbeit an der grünen Basis als Liberalsoziale in der Partei und als liberalsoziale AKTION DRITTER WEG – A 3 W in der Gesellschaft angesagt:** Auch nach dem Zerfall des sogenannten Sozialismus-Kommunismus, der sich teilweise als Staatskapitalismus entpuppte, und der (derzeit) tot ist, ist das Ringen um einen DRITTEN WEG weiter wichtig, denn der übriggebliebene Kapitalismus ist todkrank.

Die Nachfragepolitik nach Keynes führte schon unter der SPD/FDP zu 1,8 Mill. Arbeitslosen und zu 700 Mrd. DM Staatsschuld. Der zweite kapitalistische Weg der Angebotspolitik von Helmut Kohl steigerte die Arbeitslosigkeit in den alten Ländern auf 2,2 Mill., in ganz Deutschland auf 4,3 Mill. und die Staatsschuld auf 2,4 Bill. DM Und der Mix beider falschen Politiken durch rot-grün verschlimmerte die Krise. Der dritte Weg wäre das umlaufgesicherte Geld der Liberalsozialen, das in sich und in höherer Qualität Nachfrage- und Angebotspolitik gleichzeitig ist, weil es das Geld zum Angebot treibt, das gleichzeitig Nachfrage nach Waren und Leistungen und damit nach Arbeit ist. Weil es dabei zur Zinssenkung bis in den Nullbereich kommt, wird die Ausbeutung der Arbeit durch das zinsheischende Geldkapital überwunden. Das Recht der Arbeitenden auf ihren vollen Arbeitsertrag (Ferdinand Lasalle vor 140 Jahren bei der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, des Vorläufers der SPD) wird in einer freien Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, einem freien, liberalen Sozialismus verwirklicht. Das wollte auch Karl Marx, was seine Schüler auf Grundlage der Mehrwerttheorie jedoch nicht schaffen konnten. Der liberalsoziale Weg ist systemüberwindend!

Aber auch innerkapitalistisch geht es nicht ohne einen DRITTEN WEG der Geldpolitik.

Hatten wir das als GRÜNE nicht einmal gewollt und in der GRUNDSATZERKLÄRUNG zur ÖKOLOGISCHEN POLITIK 1980 als DRITTEN WEG ausgedrückt: „DIE GRÜNEN wollen deshalb weder die Wachstums-, Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik des Kapitalismus noch die irgendeines real existierenden Sozialismus. Von den GRÜNEN ist keine Politik der Großbanken und Großkonzerne, aber auch keine Politik der Politbüros sogenannter kommunistischer Staaten zu erwarten.“

Dieser Antrag, vom liberalsozialen Gründungskreisverband Hildesheim eingebracht, wurde nach Endredaktion von Otto Schily, Rudolf Bahro und Georg Otto von fast 100% Delegierten des Dortmunder Wahlparteitages verabschiedet, nachdem 1/2 Tag vorher wegen scheinbar unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen wertkonservativ und links die Partei am Zerbrechen war. Könnte die Partei nicht auch heute auf dieser Grundlage die Ketten zerbrechen, die sie in den letzten Jahren selbst schmiedete, weil es angeblich keine Alternative zum Kapitalismus geben soll, wie es Joschka Fischer in „Die Linke nach dem Sozialismus“ formulierte?

Daran mitzuwirken lohnt es sich **d e n n o c h** in den BÜNDNISGRÜNEN zu bleiben und zu helfen, die grüne Basis vor Ort, deren Arbeit weitgehend an den alten Grundwerten orientiert ist, und die der kapitalfreundlichen Politik der grünen Spitze entgegen zu wirken versucht, zu unterstützen und zu befähigen, die Partei im Sinne der GRUNDSATZERKLÄRUNG von 1980 zu erneuern. Und umgekehrt sollten sich alle, die diese Umkehr der Partei wollen, intensiv mit Zielen und Wegen der Lisos auseinandersetzen und diese Arbeit gezielter in der Partei vorantreiben.

Liberalsoziale in den Bündnisgrünen und A 3 W – AKTION DRITTER WEG: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – E-Mail: otto.alternativen@tiscali.de --- Homepage: www.alternativen.biz

- 12 -

Impressum: DIE ALTERNATIVE– DRITTER WEG: Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung – LSO – vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus und Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und Sozialismus. Hrsg.: Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG Abo im A3W-Beitrag incl., Regelbeitrag von ca.30 € i.J. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaften möglich, auch geringere Beträge. Zusätzliche Spenden steigern unsere Arbeit: mind. 64 Seiten i. J. – mind. 2 Sendungen. Konto: Georg Otto - A3W – Alternative dritter Weg – Volksbank Hildesheimer Börde BIC: GENODE F1 - IBAN: DE68 2599 0434 0167 00 Red: G. Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, T.: 05065/8132 - alternative-dritter-weg@t-online.de -www.alternativen.biz -

INSERAT: Die Dominanz des Englischen ist kein Zufall; sondern eine gezielte Beeinflussung zum Vorteil der englisch sprechenden Länder, denn mit Englisch als Muttersprache ist dieser Teil der Welt allen anderen Nationen überlegen. Die Kosten der internationalen Verständigung lasten einseitig auf den Schultern der nicht englisch sprechenden Länder und ist für sie eine wirtschaftliche Benachteiligung. Mit der internationalen Sprache **Ido**, die zehnmal leichter zu erlernen ist als Englisch, bestünde Chancengleichheit mit anderen Sprachen. Unterstützen und lernen Sie Ido. **Weitere Informationen gegen 55 c. in Briefmarken, Kurskurs 2,50. Deutsche Idogesellschaft e.V. 37284 Waldkappel – Burghofen, Thüringer Str. 3 – Tel. 05656/634 alfred.neussner@ido.li www.ido**

Termine: SG: SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT führt am 20./30. 10. ihre Herbsttagung „Ressourcen und Klima als Menschheitsgüter“ in der Silvio Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal durch. Auch die Frühjahrstagung über **“VOLLGELD“**: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Mit guten Gefühlen schneller an die Wand ? Das ist das Thema des Vereins Natürliche Wirtschaftsordnung vom 18. -20. 11. Auch in der Silvio Gesell-Tagungsstätte. Kontakt: 02053-123 76

In Süddeutschland führt das Seminar für freiheitliche Ordnung im Frühjahr und Sommer Tagungen in Bad Boll durch. Termine und Themen: Tel.: 0164-35573, Mail: info@sffo.de

ZU GUTER LETZT ! Als Herausgeber wende ich mich an die bisherige Leserschaft und an jene, die erstmalig oder seit längerer Zeit wieder ALTERNATIVE DRITTER WEG erhalten. Auf der Vorseite wurden Knackpunkte für ROT-ROT-GRÜN genannt Für Anhänger Silvio Gesells ist die Wahl dieses Bündnisses eine grundsätzliche und eine strategische Frage. Gesells Lehren sind antikapitalistisch, also links. Andererseits sind sie marktwirtschaftlich - und die hat sich die rechte CDU auf die Fahne geschrieben und hat keine Bedenken gleichzeitig die kapitalistische Ausbeutungs-ZINSWIRTSCHAFT zu verteidigen! Helmut Creutz bringt Klarheit in in die Formeln. In Nr. 77, Herbst 2013, zeigte er den dritten Weg zur Lösung der Kapitalismus – Sozialismus Frage auf. Galt bisher

im Westen die Formel **MARKTWIRTSCHAFT = KAPITALISMUS** und

im Osten die Formel **PLANWIRTSCHAFT = SOZIALISMUS**, so ist für einen dritten Weg aus der

MARKTWIRTSCHAFT der KAPITALISMUS und aus dem SOZIALISMUS die PLANWIRTSCHAFT auszuschwitzen und durch Gesells UMLAUFGELD, ergänzt durch Freiland, das auf Bodenreformern wie Prof. Oppenheimer beruht, zu ersetzen. Rudolf Steiners “alterndes Geld“ entspricht Gesells Umlaufgeld.

Die neue Formel DRITTER Weg heißt: MARKTWIRTSCHAFT und SOZIALISMUS in FREIHEIT!

Es wäre gut, viele Gesellfreunde auch außerhalb von A3W würden den Arbeitskreis unterstützen, Gesells Positionen in die Parteien zu tragen - natürlich auch in CDU und FDP-Kreise. Das würde die Arbeit unserer wissenschaftlich tätigen SG-Sozialwissenschaftliche Gesellschaft und des Seminars für freiheitliche Ordnung ergänzen.

In „**ALTERNATIVE für ALLE MENSCHEN und ALLE VÖLKER**“ zeigen wir an drei Problemkreisen: Gescheiterem rot-grün, EZB zwischen Inflation und Deflation und am zinsbedingten Armut-Reichtum-Syndrom auf: **Ohne UMLAUFGELD geht wenig!** Wer von uns meint, es auch ohne dies zu schaffen, steige in die Debatte ein. Die Besprechung des Buches von Sahra Wagenknecht gibt dazu eine Menge her. Da wir bei der Besprechung auch von Giorgos Chondros versäumten die Preise anzugeben, holen wir das hier nach. Wagenknechts „Wirtschaft ohne Gier“ kostet € 21,-. Chondros „Wahrheit über Griechenland“ € 18,-. Beide mit Porto vom **Arbeitskreis DRITTER WEG 31079 Eberholzen, Gänseberg 11**. Ebenso von dort die allgemeinverständlichen Wissenschaftsklassiker Helmut Creutz „GELDSYNDROM“ € 19,- und Prof. Bernd Senf „Nebel um das Geld“ € 19,- Und für alle, die eine schnelle Übersicht über das Werk von Gesell suchen, Margrit Kennedy: **Geld ohne Zins und Inflation € 9-**. Das oft vernachlässigte Bodenproblem stellte Traugott Strung im von der Stasi beschlagnahmten **„FRIEDEN auf dem ERDBODEN**, Großformat, 150 S. € 21 vor. Traugott. Strung erhielt dafür 5 Jahre DDR-Zuchthaus. G. Otto